

Rede vom 25.02.2003

Thema: FDP für Gründung einer Gesellschaft
zur Umsetzung des Hannover Projekts;
Regionsversammlung am 25. Februar 2003;
Redebeitrag Dieter Lüddecke
(FDP-Fraktionsvorsitzender)



Die wirtschaftliche Situation in der Region Hannover kann man wie folgt beschreiben: steigende Arbeitslosigkeit, steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern - inzwischen über 50.000 -, sinkende Steuereinnahmen und damit verbunden Defizite in den kommunalen Haushalten. Alle spüren das am eigenen Leib.

Dieser Trend hält an. Im Gegenteil, es scheint, als würde es weiter abwärts gehen. Über die Gründe braucht man an dieser Stelle und in diesem Gremium nicht zu philosophieren. Die eine Hälfte der Regionsversammlung gibt der Weltwirtschaftskrise die Schuld. Die andere Hälfte, zu der die FDP-Fraktion gehört, sieht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung die Hauptursache. Das gehört hier zwar nicht her, aber das ist die Realität.

Das Konzept der augenblicklichen Wirtschaftsförderung wird keine Abhilfe schaffen, besonders nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den ineffizienten regionseigenen Gesellschaften. Ich möchte in diesem Zusammenhang als Beispiel nur die HRB nennen, die erhebliche Steuermittel aus der EU und von der Region empfangt, aber noch nicht einen einzigen Arbeitsplatz geschaffen habe.

Für die FDP-Fraktion gibt es nur eine Chance für eine positive Trendwende, nämlich das Hannover-Projekt, wenn es denn, wirtschaftlich vernünftig, mit einem gemeinsamen Kraftakt aus Politik und Wirtschaft umgesetzt wird. Die Zahl 45.000 ist eine von McKinsey gegriffene Größe. Sie spielt nicht die entscheidende Rolle. Wichtig ist, dass Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wenn man den Fokus nun auf die Umsetzung legt, dann muss man sich über bestimmte Kriterien unterhalten.

1. Wir haben eine Beschlussvorlage vorgelegt bekommen, die einen schlanken Aufsichtsrat vorsieht. Das begrüßt die FDP-Fraktion. Den Änderungsantrag der CDU, der auf die Kompetenzen des Aufsichtsrates ziele, können wir nur unterstützen. Denn in der Vorlage sind Kompetenzen in den § 12, Aufgaben des Aufsichtsrates, eingearbeitet worden, die normalerweise dem Aufsichtsrat nicht zustehen.

2. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass diese Holding-Gesellschaft mit zwei Geschäftsführern arbeiten kann. Das steht zwar nicht in der Vorlage, ist aber begleitend hierzu diskutiert worden. Hier hat man den ersten Bruch, indem man versucht hat, einen Dritten auf Empfehlung von Herrn Schmalstieg einzuführen. Was passiert eigentlich, wenn sich weitere Großunternehmen aus Hannover bei Herrn Schmalstieg melden und ihren Anspruch erheben, in der Geschäftsleitung vertreten zu sein? Für eine solche kleine Holding, wie die Hannover Projekt GmbH es ist, sind zwei Geschäftsführer ausreichend. Damit muss eine solche Gesellschaft arbeiten können.

3. Über die politische Begleitung des Hannover-Projekts in einer Kommission, in der über den Ablauf der verschiedenen Einzelprojekte stets berichtet wird, gibt es großen Konsens.

4. Es muss einen fachlichen Beirat geben, besetzt vor allem aus fachlich kompetenten Vertretern der Wirtschaft. Hier erwartet die FDP-Fraktion in den Einzelprojekten dann in der Tat den Beitrag von Unternehmen. Ich habe in den Diskussionen bei manchen Abgeordneten ein bisschen den Eindruck gewonnen, als betrachte man die Wirtschaft mehr als Gegner statt als Partner. Man muss sie jedoch als Partner gewinnen. Ich habe in den Verbänden der Wirtschaft nichts über Nörgelei in den Ausschüssen der Region gehört (wie von rot-grün behauptet), sondern ich habe Skepsis erlebt, ob dieses Projekt, das von McKinsey richtig angeschoben wurde, in der Tat richtig umgesetzt wird, nämlich so, dass die Wirtschaft in den einzelnen Projekten Freiräume bekommt, um sich unternehmerisch entwickeln zu können und Arbeitsplätze zu schaffen. Das sei genau der Kernpunkt. Dem müsste man mit dem Konstrukt, das heute hier zu beschließen sei, Rechnung tragen.

Die FDP-Fraktion steht hinter diesem Projekt. Wir hätten uns gewünscht, dass gewisse Nuancen als Änderungen hier eingearbeitet werden könnten und man dann zu einem gemeinsamen Beschluss gekommen wäre. Da dies nicht erfolgt ist und sich die rot-grüne Mehrheitsgruppe nicht kompromissbereit gezeigt hat, muss sich die FDP-Fraktion leider der Stimme zu enthalten.